

Berlin, 27. April 2021

zur Entscheidung

Herrn Minister
a.d.D.

Betr.:

Einstellung des Programms zur Verlagsförder-
ung

Bezug:

Rücksprache bei Ihnen am 23.04.2021

EILT!

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre haben
Abdruck erhalten.

I. Votum

M
M. Birk zur
Rück. am
28.05., 10:15.
H. B. / 05

H
St - V, VI mit
Dachstuhl mit,
so wie in der.

Birk R

Vom Leitungsbereich auszufüllen

TGB-Nr.	S-210427-024
Eingang Leitung	28.04.2021
eDW-M- Nr.:	2021.04.27/00021

Abzeichnungsleiste

PSt z. K.

St

AL

UAL

Referatsinformationen

Referats- leiter/in	MinR Dr. Jungbluth (-7290)Ju, VIA3 27.04.21
Bearbei- ter/in	RR Dr. Albers (- 6456)CA, VIA3 27.04.21
Mitzeich- nung	
Referat und AZ	VIA3 - 60209-001- 02#001

Zirkulär, Aus 1.6.

1. Wir schlagen vor, das geplante Programm zur „Förderung der digitalen Transforma-
tion des Verlagswesens“ nicht weiterzuverfolgen und dies wie folgt zu kommunizieren:

„Wir haben nach intensiver Prüfung der verfassungs-, haushalts- und
beihilferechtlichen Umstände und nach sorgfältiger Abwägung aller be-
troffenen Interessen entschieden, das Programm zur Förderung der di-
gitalen Transformation des Verlagswesens nicht weiterzuverfolgen. Im
Rahmen des fortlaufenden und sehr konstruktiven Austauschs mit den
betroffenen Verlagsverbänden und weiteren Beteiligten wurde deutlich,
dass die vom Haushaltsausschuss insbesondere für dieses Jahr vorge-
sehenen Mittel nicht sinnvoll und rechtzeitig dort ankommen können, wo
sie ankommen sollen.“

2. Wir schlagen vor zu prüfen, inwieweit aus den zur Verfügung stehenden Haushalts-
mitteln eine Studie ausgeschrieben werden kann, die für ein ggf. in der nächsten Le-
gislaturperiode zu realisierendes Förderprogramm nutzbar wäre.

II. Sachverhalt und Stellungnahme

1. Im Nachgang zu der Rücksprache am 23.04.2021 bei Ihnen haben wir geprüft, ob ein noch zu formulierendes „**Verlagsfördergesetz**“ die verfassungsrechtlichen Bedenken entkräften könnte, nachdem die von der Branche favorisierte Lösungsvariante über eine Neuformulierung des einschlägigen HH-Titels im Rahmen des Nachtragshaushalts 2021 im Deutschen Bundestag („Zustellförderung“) nicht realisiert werden konnte. Für einen eigenen (eilbedürftigen) Gesetzentwurf der Bundesregierung müsste der Bundesrat einer Verkürzung der ersten Beratungsfrist von sechs auf zwei Wochen zustimmen. Auch bei einer Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen könnte das erforderliche **Gesetzgebungsverfahren frühestens im Bundesrat am 17. September 2021 abgeschlossen werden** (1. Lesung 20.5.; Anhörung 9.6.; BT-Ausschuss Abschluss 23.6.; 2./3. Lesung 25.6.; BR 2 17.9.; Inkrafttreten nach Ende der Legislaturperiode). Da es sich nicht um ein Änderungsgesetz, sondern um ein völlig neues Gesetz handeln würde, steht auch kein „Omnibus“ zur Verfügung. Eine Formulierungshilfe müsste spätestens am **12. Mai** vom Bundeskabinett verabschiedet werden (vorher Erstellung eines Entwurfs, Ressortabstimmung, Verbände- und Länderbeteiligung). Ein solches Gesetz wäre zudem nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens (und vor Auszahlung der Mittel) bei der EU-KOM beihilferechtlich notifizierungspflichtig. Damit würden die **haushaltsrechtlichen Zwänge** (materielle Beschränkung auf die im Titel vorgegebene „digitale Transformation“; Verausgabung von 180 Mio. Euro noch in 2021) **nicht beseitigt, sondern sogar verschärft**. Eine Auszahlung der Mittel in diesem Jahr ist nicht mehr realistisch.

Am 26.04.2021 hat AL VI in einer **Gesprächsrunde mit den Geschäftsführern der Verlagsverbänden** die aktuelle Sach- und Rechtslage erörtert. Die Verbände brachten dabei zum Ausdruck, dass sie für den hohen Aufwand, mit dem hier im Hause nach Lösungen gesucht wird, sehr dankbar sind. Sie machten aber deutlich, dass sie

- an einer Umsetzung des Programms in der bisherigen Form mangels Praxistauglichkeit („Fristenproblematik“, Beschränkung auf „digitale Transformation“) im Grunde kein Interesse haben;

- **ihren Mitgliedern** aufgrund der angekündigten Klage und der damit verbundenen Rechtsunsicherheit (Rückzahlung der Mittel) eine Teilnahme an dem Programm auch **nicht empfehlen würden**; und
- ausdrücklich nicht an einem Vorgehen über ein Fördergesetz, in dem zwangsläufig die „digitale Transformation des Verlagswesens“ festgeschrieben werden müsste, interessiert sind.

AL VI machte deutlich, dass wir **keine weiteren Lösungsmöglichkeiten**, die eine praxistaugliche Programmgestaltung erwarten lassen, mehr sehen und daher das Vorhaben einstellen würden. Dies wurde zwar bedauert, die Einschätzung aber durch die Verbände geteilt. Auch von dort wurden keine neuen Vorschläge vorgebracht. Die Verbände äußerten Verständnis und sogar Unterstützung dafür, das Programm nicht weiterzuverfolgen. Sie signalisierten, dass man die nächste Bundesregierung nochmals für das Thema „Zustellförderung“ sensibilisieren möchte. Einzig der Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter e.V. (BVDA) kündigte an, voraussichtlich nochmals mit Bitte um Berücksichtigung der Anzeigenblätter **bei der Überbrückungshilfe III** auf Sie zukommen zu wollen.

2. Durch die Entscheidung werden Haushaltsmittel in nennenswertem Umfang eingespart. Die bereits investierte Arbeit hier im Hause kann – vor dem Hintergrund der Ankündigung der Verbände, weiter auf eine „Zustellförderung“ hinzuarbeiten – ein Stück weit fruchtbar gemacht werden. Der existierende Haushaltstitel sieht vor, dass aus dem Ansatz auch Ausgaben für Studien, Gutachten und Sachverständige geleistet werden können. Wir schlagen daher vor zu prüfen, ob im Rahmen einer Studie die im Verlauf der Diskussion über die Verlagsförderung aufgeworfenen Fragen umfassend aufgearbeitet werden können. Auf diese Weise wäre man in der kommenden Legislaturperiode schnell handlungsfähig und könnte ggf. (soweit dann politisch gewünscht) auf wissenschaftlich erarbeiteter Grundlage ein Programm aufsetzen, dass allen rechtlichen und tatsächlichen Anforderungen genügt.